

DAS THEMA

Am Beispiel der Agrar- und Dienstleistungsgenossenschaft Geroda (Saale-Orla-Kreis), wie auch anderen Agrargenossenschaften in Thüringen, lässt sich hinterfragen, inwieweit Agrargenossenschaften als Modelle für einen sozial-ökologischen Umbau im ländlichen Raum fungieren können.

Auf Einladung meiner Fraktionskollegin und direkt gewählten Abgeordneten Heidrun Sedlacik war ich vor einigen Wochen erneut in Geroda, nachdem ich diese Agrargenossenschaft im Sommer 2012 zum ersten Mal besucht hatte und gerade der Neubau des Stalls für die Kühe begonnen wurde. Nunmehr ist der Stall bezogen, die Biogasanlage in Betrieb genommen und damit ein weiterer großer Fortschritt für Tierwohl und nachhaltige Produktion erreicht.

DIE LINKE betont in ihrer Programmatik, dass ökologische und soziale Fragen nicht voneinander zu trennen sind. Das ist auch in der Landwirtschaft so, dabei spielt die Frage nach dem Eigentum eine zentrale Rolle.

Die forcierte Privatisierung des Bodens der ehemaligen volkseigenen Betriebe durch die BVVG (Bodenverwertungs- und -Verwaltung GmbH) und die steigenden Verkaufs- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen bekommen die Betriebe immer mehr zu spüren. Inzwischen ist das in der öffentlichen Debatte und bei vielen Parteien erkannt. Als jedoch dieses Gesetz im ersten gesamtdeutschen Bundestag beschlossen wurde, hat die PDS als einzige Fraktion konsequent dagegen argumentiert, die anderen haben sich durchweg für Privatisierung ausge-

Agrargenossenschaften als Zukunftsmodelle?!

Von Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion

sprochen. Bei den Umwandlungen der LPG (Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) der DDR war das Land ja in Eigentum der Mitglieder. So konnten in den ostdeutschen Bundesländern die Betriebe in eingetragene Genossenschaften (e.G.) bzw. privatrechtliche Gesellschaften (GmbH, AG) überführt werden, wenngleich es dabei zum Teil unschöne Auseinander-

ne gute Landwirtschaft aussehen soll, differenziert zu führen. Die Chancen der genossenschaftlichen Unternehmensform, in der jedes Mitglied eine Stimme hat, werden mit Blick auf die demokratische Mitbestimmung in den Betrieben oft unterschätzt. Das Prinzip „ein Mitglied, eine Stimme“ wird zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Genossenschaft Geroda wurde 1992 ins

Menschen, angestellt. Die Genossenschaft bewirtschaftet 1500 Hektar, davon sind 270 ha Grünland. Es werden Marktfrüchte, wie Getreide und Raps angebaut, aber auch alle Futtermittel für Kühe, Schweine und Schafe. Auch Eiweißfrüchte, wie Luzerne und Erbsen, werden zunehmend angebaut, um die Eiweißversorgung immer stärker aus dem eigenen Betrieb zu decken.

Die Ställe befinden sich an verschiedenen Standorten, so dass lokal erhöhte Emissionen vermieden werden.

Im neuen luftigen und hellen Kuhstall in Porstendorf stehen 450 Milchkühe. Zusätzlich mäset der Betrieb in anderen Dörfern noch 1500 Schweine und hält 300 Schafe, die



setzungen gab. Oft werden die großen Betriebe unterschiedslos gleichgesetzt. Ohne sich mit Satzungen, Unternehmensgesetzgebung und weiteren Vorschriften auseinanderzusetzen werden nach dem Grundsatz „small is beautiful“ alle großen Betriebsstrukturen verdammt und mit Massentierhaltung und industrialisierter Landwirtschaft gleichgesetzt. Diese Schwarz-Weiß-Malerei scheint einfach, klare Feindbilder sind identifiziert. Dann ist es aber schwierig, die Debatte, wie ei-

Unternehmensregister eingetragen. Sie entstand im Zuge der Umwandlung der LPG Pflanzenproduktion „Wilhelm Pieck“ Triptis, die 1991 aufgeteilt wurde, wobei ein Teil der Flächen der LPG Tierproduktion Geroda zugeschlagen wurde.

Die Agrar- und Dienstleistungsgenossenschaft Geroda e.G. besteht heute aus 42 Genossenschafteatern, wovon 17 auch in der Genossenschaft beschäftigt sind. Zusätzlich sind weitere sechs Mitarbeiter, überwiegend junge

im Sommer auf der Weide sind. Der Tierbesatz des Betriebes liegt bei umgerechnet 2 bis 2,5 Großvieheinheiten pro Hektar. Damit ist das ökologische Kriterium „bodengebundene Tierhaltung“ erfüllt.

Die Biogasanlage der Genossenschaft – 420-kW-Leistung – wird mit Gülle, Mist, Reststoffen und Maissilage beschickt und produziert Strom für den Verkauf und Wärme für den eigenen Betrieb seit Herbst 2013. Alle Reststoffe werden als Dünger auf den Feldern ausgebracht.

In der LPG-Fleischerei werden Wurst- und Fleischwaren hergestellt und zum Großteil im angeschlossenen Laden in Triptis vertrieben, der im kleinen Gaststättenbereich günstig Mittagstisch für Anwohner anbietet. So schließt sich der Kreislauf von Urproduktion, Verarbeitung und Abgabe an die Konsumenten. Die Idee des regionalen Wirtschaftskreislaufes ist weitgehend umgesetzt, die ländliche Region und die Kleinstadt werden gestärkt.

Die eingangs gestellte Frage, ob Agrargenossenschaften als Modelle für einen sozial-ökologischen Umbau fungieren können, kann also durchaus mit ja beantwortet werden. Es zeigt sich anhand dieses Beispiels auch, dass der Streit, der sich nur auf die Größe der Betriebe fixiert, in die Irre führt. Gleichwohl muss es darum gehen, systematische Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft anzuprangern und Verbesserungen durchzusetzen. Immer mehr Menschen wünschen sich eine bessere, faire Nahrungsmittelherstellung. Der ordnungspolitische Rahmen muss verändert werden, Fördermittel müssen gezielt eingesetzt werden. Dazu hat DIE LINKE immer wieder Vorschläge gemacht, verankert auch im Entwurf des Landtagswahlprogramms.

Wieder komplett fehlte der Obst- und Gemüseanbau

Über ihren Besuch mit dem Landtagsausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz auf der Internationalen Grünen Woche berichtete Johanna Scheringer-Wright: Wir hatten ein straffes Programm, nach der Anhörung von Thüringer Bauernverband und Gartenbauverband besuchten wir viele Aussteller aus Thüringen. Ich habe sie alle aufgesucht, auch die, die nicht in der offiziellen Thüringenhalle ausgestellt haben. Dieses Jahr präsentierten zwei Landkreise – Hildburghausen und Altenburg mit der LINKEN Landrätin Michaela Soyka. Auch das Gestüt Meura, der Verband Ferien auf dem Lande, der Saatguthersteller Christensen und Zwiebelzopflechter aus Heldrungen stellten aus.

Die Präsentation begeisterte den Thüringer Minister, es reicht aber meiner Meinung nach nicht, die Umstellung von Blau auf Grün bei der Präsentationsfarbe von Thüringen zu feiern. Die Mehrheit der Aussteller aus Thüringen präsentierte Fleisch- und Wurstwaren (z.B. ThFleWa, Die Thüringer und Schiller Leinefelde), Bier und andere Spirituosen (z.B. Köstritzer, Neun

Springe und Aromatique). Die Heichelheimer waren mit ihrer breiten Produktpalette aus Kartoffeln vertreten, Altenburger Ziegenkäse wurde angeboten.

Was wieder komplett fehlte, waren der Obst- und Gemüseanbau und dessen Produkte, obwohl Thüringen in diesem Bereich doch auch eine lange Tradition hat, wenngleich die Anbauflä-



chen in Thüringen leider immer mehr zurückgehen. Da hat die Landesregierung wieder eine Chance verpasst und das Bild Thüringens wieder einmal auf das „Bratwurstimage“ verengt. Bei der Eröffnung der Grünen Woche stellte sich auch der neue Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich vor. Dass er

sich immer wieder einschmeicheln wollte beim Bauernstand, war ja noch verständlich, da er ja nicht vom Fach ist. Es wurde deutlich, dass er seine restriktiven Vorstellungen auch in die Agrarpolitik einbringen wird. So stellte er die Bedeutung des Eigentums ebenso in den Mittelpunkt seiner Rede, wie die Heimatverbundenheit der Bauern, da sie schon seit Jahrhunderten auf ihrem Land seien. Dies zeigte den engen Horizont, mit dem Minister Friedrich schon immer Politik machte und dies, ebenso wie sein dreimaliger Gottbezug, ist sicherlich einigen (vor allem ostdeutschen) Zuhörern sauer aufgestoßen.

Als einziges der Thüringer Ausschussmitglieder habe ich auch an der Demonstration für eine bessere Agrarwirtschaft teilgenommen. Da sowohl DIE LINKE Bundestagsfraktion wie auch der Bundesparteivorstand diese Demo unterstützten, war es mir wichtig, unsere teilnehmenden Genossinnen zu verstärken. Fast 40.000 Teilnehmer bildeten ein eindrucksvolles, buntes Bild – trotz oder gerade wegen der unterschiedlichsten Aussagen, die präsentiert wurden.